

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Gründet 1868

Seit 1870

68. Heftung, Blatt aus Verlag von H. v. ... (Hart) Nagold

Verbreitete Zeitung im Oberamtsbezirk. — Zeitschriften sind höher von bestem Erfolg.

Das Blatt enthält alle Nachrichten über die Ereignisse in der Provinz, die in der Provinz geschehen sind, die in der Provinz geschehen sind, die in der Provinz geschehen sind.

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold. Postfachkonto: Stuttgart 5113.

erschient an jedem Werktag, Besellungen nehmen sämtliche Postämter und Postboten entgegen.

Nr. 264

Samstag den 10. November 1923

97. Jahrgang

Politische Wochenschau

Draußen fallen bereits die ersten Schneeflocken und künden das Nahen des kalten Winters. Aber drinnen im Reichshaus herrscht beklemmende Schwüle. Alle Stimmwerke und Röhren scheinen überhitzt und schwelende Stille will den Bewohnern den Atem benehmen. Luft, andere, frische Luft! In der alten Luft läßt sich nicht mehr leben. Die wirtschaftliche Not Deutschlands hat ein Maß erreicht, daß sie selbst dem Gefühllosesten draußen in der Welt ans Herz rührt. Ein erschütterndes Bild von dem Elend eines großen Teils der deutschen Kinder hat der Hauptausfluß für Auslandshilfe entworfen, ein Bild, das zwar der tigerhaften Geauamkeit der Franzosen zur Genugung gereichen mag, wenn sie sich der Erfüllung des lebhaften Wunsches ihrer jenseitigen Seele, daß es 20 Millionen Deutsche weniger im Deutschen Reiche geben möge, um ein gut Stück näher gebracht wissen, das aber wie eine furchtbare Auflage gegen die sogenannte Kulturwelt zum Himmel schreit. Noch die Grundursache in dem Vertrag von Versailles liegt, ist so klar und so oft ausgesprochen, daß es fast ermüdend wirkt, immer wieder davon zu reden. Aber das ist gerade das Trostlose, daß unsere Feinde im Weltkrieg, obwohl sie selbst über die Tatsache gar nicht im Zweifel sind, nicht daran denken, die erdrückende, Recht und Gerechtigkeit hohen sprechenden Fesseln zu lösen. Der englische Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Mac Reill, erklärte es rund heraus, die englische Regierung wolle nichts davon wissen, daß am Vertrag von Versailles etwas geändert werde. Wenn England in Beziehung auf die Kriegsschuldigung mit Frankreich uneins geworden ist, so betrifft dies nur die vielen weit über den Betrag hinausreichenden eigenmächtigen Maßnahmen Frankreichs, durch die England in seinen Ansprüchen an Deutschland sich verletzt sieht. Deutschland eine Atempause zu gewähren, damit es nachher wieder um so mehr treten könne, während Frankreich die völlige Vernichtung vorzieht, das ist alles, was England von Frankreich unterseidet. Und so wie England, denken die meisten andern Verbündeten aus.

Sind wir ganz ohne Schuld? Gewiß nicht. Bei einer einschüchternen Haltung dem Feind gegenüber von Anfang an wäre es nicht so weit gekommen, hätte die furchtbare Not nicht die Ausdehnung und die Tiefe erreicht, selbst wenn es zu einer harten Probe gekommen wäre. Diese Probe, die uns nun doch nicht erspart geblieben ist und über die der Schwindel der Rotenpresse nicht dauernd hinwegtäuschen konnte, hätten wir vor drei oder vier Jahren leichter überstanden, als wir wirtschaftlich und seelisch noch weit kräftiger waren als heute. Doch wir wollen nicht anklagen. Geldsehen ist geschehen und das Versäumte läßt sich nicht wieder eintreiben. Aber wir sollen aus der Vergangenheit lernen, denn wenn wir aus dem Schaden nicht klug werden, verdoppelt sich unsere Schuld. Die Wahrheit, die Kardinal Dr. Faulhaber in München in seinem Antwortschreiben an den Reichstagsler an die Reichsregierung richtete, ist darum ein hochbedeutungsvolles Schriftstück. An dem sittlichen Wiederaufbau des deutschen Volks mitzuarbeiten, schrieb der Kardinal, ist für die Kirche — beider Konfessionen — eine selbstverständliche Pflicht, aber um die bis zum unnatürlichen Maß aufgeschwemmte politische Erregung, die auch vor freilem Blutvergießen nicht zurückschreckt, zu beruhigen, muß die Reichsregierung sich auch zum Abbau der Weimarer Reichsverfassung verstehen in der Richtung, daß den deutschen Völkern die alten, in der Sonderart der Stämme begründeten und in langer geschichtlicher Entwicklung bewährten Rechte zurückgegeben werden. Um diese Frage, auf die Dr. Faulhaber so großes Gewicht legt, wird man nicht mehr herumkommen und von ihrer befriedigenden Lösung wird es abhängen, ob im Innern des Reichs die Ruhe wiederkehrt, die wir so dringend brauchen.

Ohne ungehörte Ordnung in den politischen Verhältnissen des Reichs kann man sich nur schwer vorstellen, wie das überaus schwierige, um nicht zu sagen gefährliche Werk der Währungsreform, das die Reichsregierung durchzuführen im Begriff steht, gelingen soll. Man denke nur daran, welche Kosten die militärische Besetzung Sachsens und Thüringens dem Reich verursacht, um dort die Ordnung aufrechtzuerhalten und einen Zusammenstoß zwischen den „roten“ Kampftruppen von Norden und den „weißen“ Stütztruppen Bayerns zu verhindern. Am 23. Oktober belief sich die schwebende Reichsschuld schon auf 408 000 Billionen, der Reichsbanknotenumlauf auf 524 331 Billionen Mark. Wie groß der Bedarf der Reichsregierung an Zahlungsmitteln gegenwärtig ist, geht daraus hervor, daß nach einer amtlichen Mitteilung am 3. November, also an einem einzigen Tag, die Notendruckerei die Höhe von 3,7 Trillionen (3 700 000 Billionen) Papiermark erreichte. Nimmt man nun einmal in roher Schätzung die durchschnittliche Tageserzeugung an Noten mit drei Trillionen an, so würde sich für den Tag, wo die Rentenmark erscheinen und der Notendruck aufhören soll, am 15. November ein umlaufender Betrag von — man erschreke nicht! — etwa 66 Trillionen Papiermark ergeben.

Zeigen diese nackten Zahlen nicht, wie schädlich es gewesen ist, daß man in Berlin vor lauter Parteistreitigkeiten

Die Währungsreform immer wieder verschoben mußte? Was der Währungsreform aller Länder und aller Zeiten ist kein Beispiel bekannt, daß ein Geldwesen in kurzer Zeit in eine solche Zerrüttung geraten wäre wie das des großen Deutschen Reichs. Wir sind Almosenempfänger geworden von jenem Oesterreich, das wir vor zwei Jahren noch mit Liebesgaben unterkühlten. In Amerika wird ein Hilfsunternehmen eingeleitet und es ist zu erwarten, daß das Stammesgefühl der Deutsch-Amerikaner sich wieder in glänzenderm Licht zeigen wird. Im übrigen scheint aber viel „Geschäft“ bei dem Unternehmen zu sein. Die Reichsregierung erhält „Kredite“ zu honorem Zinsfuß, für die sie in Amerika Lebensmittel usw., die drücken in ihrem Ueberfluß dem Verderben preisgegeben sind, kaufen muß. Jedoch der Ertrintende muß auch nach dem Strohhalme greifen.

Alle diese Auslandshilfe ist aber ein Tropfen auf einen heißen Stein, so dankbar wir sie auch annehmen wollen. Die wirkliche Rettung kann uns nur die Selbsthilfe bringen, und diese muß, da unsere wirtschaftliche Notlage eine unmittelbare Folge der Markentwertung beim Papiergeldsturz ist, zunächst bei der Währungsreform ansetzen. Es muß ein Geld geschaffen werden, das wieder einen Wert, eine Kaufkraft hat. Wenn der reichlich schönfärbende amtliche Berliner Kurs, der alle paar Tage wieder zusammenpurzelt, den Dollar heute mit 600 Milliarden Papiermark gleichsetzt, wenn man einen Ausfluß braucht, um einen Wochenlohn nach Hause zu tragen, so ist es eigentlich Uebermut, noch von einem Markwert zu reden. Wo wertbeständiges Geld! Die Dollarschuld anweisung und die sogenannte Reichsgoldanleihe folgen die Grundlage dafür bieten. Sie waren durch freiwillige und zwangsweise Abgabe von Geldwerten an die Reichsfinanzverwaltung aufgebracht worden. Wo o weh! Raum, waren die auf Grund dieser Goldmillionen gedruckten wertbeständigen Scheine zur Ausgabe gelangt, da hatte schon die Spekulation die Hauptrolle weg. Von den 300 Millionen der Goldanleihe z. B. waren schon nach wenigen Tagen 300 Millionen von den Spekulanten erhascht und sie ruhen friedlich in den Schränken der Großbanken, der allgemeine Verkehr hatte das Nachsehen und die glücklichen Besitzer einiger geschnittenen Dollar aus Amerika sind ihren kleinen Schwatz los. Natürlich war man doch entsetzt über diesen unerwarteten „Erfolg“ und es erging Verordnung auf Verordnung, „Amlich“ sind sie zur allgemeinen Beruhigung aufgeführt worden: seit dem 13. Oktober sind es 16 finanzielle, 15 wirtschaftliche und 5 soziale Verordnungen. Wenn es die Zahl der Verordnungen täte, müßte Deutschland das glücklichste Land sein. Der Reichsregierung blieb nun nichts anders übrig, als noch einmal von vorne anzufangen. Die Goldanleihe soll durch eine neue Goldanleihe von 300 Millionen Goldmark gestreckt werden, die wiederum durch Zwangsabgabe von Vermögenswerten aufgebracht wird. Diese Goldanleihe zweiter Auflage dient zur Beschaffung von Lebensmitteln aus dem Ausland und man kann ihr nur wünschen, daß nicht allzu viel davon an Großhandel usw. hängen bleibt. Außerdem sollen etwa 2 Millionen Doppelzentner Zucker ins Ausland verkauft werden, was 80 bis 90 Millionen Goldmark einbringen soll, wofür ebenfalls Lebensmittel beschafft werden.

Dann aber soll eine dritte Goldanleihe von 300 Millionen Goldmark kommen, und zwar zur Einführung der bisherigen Papiermarknoten. Es scheint, daß hierfür eine besondere Einlösungsgarantie in Aussicht genommen ist. Freilich erscheint es fraglich, ob die 300 Millionen zur Einlösung der 66 Trillionen Papiermark ausreichend ist. Entweder muß noch ein erheblicher Teil des Reichsbanknotens, das nach 455,7 Goldmark beträgt, mit herangezogen, oder der Papiermarkwert erheblich niedriger als 600 Milliarden auf den Dollar angelegt werden. Um diesen Umrechnungskurs geht der Streit. Die Entscheidung ist verschoben und immer wieder verschoben worden. Man will erst abwarten, bis die Rentenmark auf der Bildfläche erscheint. Auch deren Erscheinen wurde mehrmals verschoben; am 15. November falls gemäß dem Reichsgesetz dürfen von dem Tag der Ausgabe der Rentenmark an keine Reichsbanknoten für die Reichsfinanzverwaltung mehr gedruckt werden, die „Inflation“ der Papiermarkwährung hört also auf. Der Umrechnungskurs soll sich nun nach der Menge der am 15. November in Umlauf befindlichen Papiermarknoten richten und zu dem dann zu bestimmenden Kurs werden die Noten gegen wertbeständige Scheine (z. B. der Goldanleihe oder der Rentenmark) eingelöst. Mit der Verschlechterung der Papiermark wird es dann allerdings ein Ende haben, aber ob die „Inflation“ nicht das wertbeständige Geld ergreift und der Teufel durch Begehrd ausgetrieben wird, das eben ist die bange Frage, und dann allerdings wären wir fertig, denn der durch Kriegsschuldigungshypothek, Rentenmarkhypothek, Zwangsanleihen, Devisenabgaben, Steuern, Reichsteuern usw. überlastete Volk ist an der äußersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt und er müßte bei einem neuen Fehlschlag zusammenbrechen.

Wenn die Reichsregierung die Währungsreform durch

alle die Fährlichkeiten hindurchsteuern will, so darf sie den rücksichtslosen Kampf gegen das Spekulations- und die sozialdemokratischen Reichsminister erledigten Posten sind noch nicht wieder besetzt. Die Deutschnationale Volkspartei und die Bayerische Volkspartei haben die Mitarbeit in einem Kabinett unter Dr. Stresemann abgelehnt. Die gegenwärtigen Regierungsparteien, Zentrum, Deutsche Volkspartei und Demokraten sind aber eine Minderheit, während Stresemann nur mit einer Mehrheit regieren will. Wenn er daher in nächster Woche mit seinem dritten Kabinett, das er sich dahin ergänzt zu haben hofft, vor den Reichstag tritt, will er sein Kabinett der Probe der Vertrauens- und Erklärung unterziehen. Würde die Verwirklichung des Kabinetts sich als unmöglich erweisen oder käme eine Mehrheit für den Vertrauensantrag nicht zustande, d. h. würde die Sozialdemokratie, bei der die Entscheidung liegt, dem Kabinett die Unterstützung verweigern, so müßte das Kabinett zurücktreten oder es müßte der Reichstag aufgelöst und ein neuer gewählt werden.

Sachliche und kühle Politik aber auch nach außen! Die Selbsttäuschung einer Verständigung mit Frankreich muß aufgegeben werden, ohne große Worte, aber auch ohne Zögern. Nicht Krieg und Widerstand kann die Lösung sein, sondern mögliche Loslösung von Frankreich in jeder Beziehung. Denn jede Auseinandersetzung mit Poincaré wird von ihm benutzt, um das Reich innen- und außenpolitisch zu lähmen und seine Gefundung zu verhindern. So benutzt er die durch seine Vernichtungspolitik geschaffene verzweifelte wirtschaftliche Lage und die Reibungen zwischen Bayern und der Reichsregierung dazu, um die von allen anderen Verbündeten und von den Vereinigten Staaten gewünschte Sachverständigenkonferenz zur Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit durch die verwerflichsten Mittelzüge zu hinterziehen. Poincaré kennt die Schwäche seiner Stellung ganz genau; zum ersten Mal steht er bezogen Frankreich allein den Verbündeten gegenüber. Aber bis jetzt hat er teils durch scheinbares Nachgeben teils durch geschickte Entstellung der deutschen Verhältnisse mindestens so viel erreicht, daß die Verhandlungen über das Zustandekommen der Konferenz nicht vom Fleck kamen. Seiner Verschleppungspolitik verdankt Poincaré seine größten Erfolge; wahrheitsgemäß hofft er auch jetzt wieder die widerstrebenden Verbündeten erwidern zu können, so daß sie von der Konferenz von selbst abtreten. Es ist aber nicht so, daß diese Politik unter allen Umständen erfolgreich sein müßte. Amerika hat sich etnmal belügen lassen. — heute liegt die französische Politik mit ihren wahren Zielen und Zwecken doch so klar vor aller Augen, daß auch die gewandteste Diplomatie sie nicht reinzuwaschen vermag.

Ein deutscher Staatsmann von Schrot und Korn müßte aus dieser Lage etwas zu machen wissen. Nur ein einziger wirklicher Erfolg, und allgleich wird wieder frischer Luft in unser Reichshaus einziehen. Das durch die lange Reihe von Mißerfolgen entmutigte und verzweifelte Volk wird neuen Mut und frische Kraft gewinnen zum Kampf gegen sein herbes Schicksal, und dann wird auch wieder Ruhe werden im Reich.

Staatsstreik in Bayern

Die Kundgebung im Bürgerbräukeller

Am Donnerstag, 8. November, abends fand im Bürgerbräukeller in München die angekündigte Kundgebung gegen die marxistische Revolution vom 9. November 1918 statt. Lange vor der festgesetzten Stunde war der umgebende Raum bis zum letzten Platz besetzt. In der Straße drängten sich die Menschen. Von Ministern waren anwesend Finanzminister Krausened, Minister des Innern Dr. Schweser und Landwirtschaftsminister Bahlhofer. Besonders zahlreich waren die vaterländischen Verbände vertreten. Die Verammlung eröffnete Kommerzienrat Fenzl, der den Wunsch aussprach, Generalkommissar v. Kahr möge der Führer sein in einem neuen, festeren schwarz-weiß-roten Deutschland. Die Hauptrede hielt Herr v. Kahr am 3. Jahrestag des Sieges der roten Internationale über Deutschland. Kahr verlas einen Aufruf an die deutsche Nation zum Kampf gegen den Marxismus.

Sturz der bayerischen Regierung — Nationale Diktatur

Nachdem Herr v. Kahr seine Rede beendet hatte, erschien plötzlich der Führer der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, Adolf Hitler, mit einer bewaffneten Schar in der Versammlung und gab bekannt, daß die bayerische Regierung gestürzt sei. Ministerpräsident v. Kahr und die übrigen Minister wurden verhaftet. Sofort wurde eine neue Regierung gebildet, der nach Münchener Berichten Herr v. Kahr und General v. Lossow und der frühere Münchener Polizeipräsident v. Böhner angehören.

Einer beim Kommando des 5. Wehrtreffes am Freitag vormittag eingelaufenen Meldung zufolge haben Kahr und Lossow mit dem bayerischen Regiment Nr. 19 die Bewegung niedergelämpft.

Gegenmaßnahmen der Reichsregierung

Nach in später Nachtstunden wurden die Reichsminister zum Reichskanzler berufen. Es wurde beschlossen, jeden Verkehr nach Bayern einzustellen, den Eisenbahn-, Telegraphen- und Fernsprechoverkehr zu unterbinden, keine Auszahlungen aus der Reichskasse an Bayern mehr auszuführen und das Land von der Kohlenzufuhr abzuschneiden, bis die verfassungsmäßigen Zustände wieder hergestellt seien. Die Reichswehr des Wehrtreffes 5, die sich zurzeit zum Teil in Thüringen befindet, wird zusammengezogen. Die Schutzpolizei im ganzen Reich ist dem Befehl des Reichswehrministers bezw. des Kommandanten unterstellt.

Der Mannschaftsbestand der Reichswehr, auch der Reiterei, wird auf die im Vertrag von Versailles zugelassene Höchstzahl von 100 000 Mann gebracht.

Der Eisenbahnverkehr zwischen Württemberg und Bayern gesperrt

Auf Anordnung des Wehrtreffes 5 ist der gesamte Personenverkehr nach und von Bayern gesperrt. Diezüge verkehren bis auf weiteres nur noch bis und ab Crailsheim, Bopfingen, Ballmershofen, Tammheim, Jona, Wamgen und Hemminghofen-Ronnenbach. Auf den Strecken Weiskirchen, Gredlingen, Sontheim, Gundersingen, Jona, Gersheimhofen ist der Verkehr ganz eingestellt.

Aufruf der Reichsregierung

An das deutsche Volk!

In der Zeit größter außenpolitischer Bedrängnisse haben sich die Deutschen an die Spitze gestellt, um das deutsche Reich zu verteidigen. In München hat eine bewaffnete Horde die bayerische Regierung gestürzt, den bayerischen Ministerpräsidenten v. Kahr verhaftet und sich angeeignet, eine Reichsregierung zu bilden und den General Ludendorff zum angeblichen Befehlshaber der deutschen Armee, sowie Herrn Hitler, der erst vor kurzem die deutsche Staatsbürgerschaft erwarb, zum Führer der Geschichte Deutschlands zu bestimmen. Es bedarf keines Hinweises darauf, daß diese Beschlüsse null und nichtig sind. Wer diese Bewegung unterstützt, macht sich zum Hoch- und Landesverräter. Statt unserer Brüdern im Rheinland und an der Ruhr zu helfen, die für Deutschland kämpfen, stürzt man Deutschland ins Unglück, gefährdet die Ernährung, bringt uns die Gefahr eines feindlichen Einmarsches und gerät alle Aussicht auf die Erhaltung wirtschaftlicher Gesundheit. Die letzten Maßnahmen der Reichsregierung auf währungspolitischen Gebiet haben dazu geführt, daß die Mark im Ausland sich in den letzten vierundzwanzig Stunden um das Vielfache gehoben hat. Alles das ist dahin, wenn das wachmüßige Beglücken Erfolg hat, das in München versucht wird. In der Schicksalsstunde des deutschen Volkes und des Deutschen Reiches fordern wir alle Freunde des Vaterlandes auf, sich einzusetzen für die Bewahrung der Reichseligkeit, deutsche Ordnung und deutsche Freiheit. Alle Maßnahmen für die Niederdrückung des Putsches und die Wiederherstellung der Ordnung sind getroffen und werden mit rücksichtsloser Energie durchgeführt.

Der Reichspräsident: gez. Ebert.

Die Reichsregierung: gez. Dr. Stresemann, Reichskanzler.

Verordnung des Wehrtreffes 5

Der Befehlshaber des Wehrtreffes 5, Generalleutnant von Reinhardt teilt mit, daß in München die verfassungsmäßige Regierung gestürzt sei, daß Hitler sich zum Reichskanzler erklärt habe und daß Generalstaatskommissar von Kahr und General von Lossow Hitler bekämpfen. Im Reich hat allein General v. Seeckt, der die vollziehende Gewalt übernommen hat, zu befehlen. Die Reichswehr ist mobil erklärt und wird zusammen mit den Landespolizeien jedes Wehrtreffes der Bewegung verhindern und die Einmischung angeleglicher Kräfte in diese Aufgabe unterdrücken. Die Bildung oder Zusammenziehung von Selbstschutzbänden usw. werden verboten, Zuwiderhandlungen als Hochverrat bestraft.

An das württembergische Volk

richtet sich ein Aufruf, der vom Minister des Innern, B o l z, unterzeichnet ist. Darin wird erklärt, daß ein Uebergreifen der Münchener Bewegung auf Württemberg mit allen Mitteln unterdrückt werde. Die Unterstützung, aber auch selbständige Versuche anderer Volksteile zur tätlichen Bekämpfung der Bewegung werden verboten, da hierdurch die Gefahr des Bürgerkriegs näher rücken würde. Die Polizei ist fest in der Hand des Ministers und in der Lage, die Ruhe in Württemberg aufrecht zu erhalten.

Zusammenbruch des Putsches

Der „Verl. Volksanzeiger“ berichtet in seiner Abendausgabe vom Donnerstag, an amtlicher Stelle in Berlin sei die Nachricht eingelaufen, daß Böhner verhaftet und General Ludendorff und Hitler im Kriegsministerium, wo sie sich verschanzt, eingeschlossen seien.

Oberbürgermeister Luppe in Nürnberg meldet laut B.Z. durch Funkpruch nach Berlin, Kahr, Lossow und Oberst Seiger haben erklärt, daß ihre Zustimmung zum Vorgehen Ludendorffs und Hitlers erpreßt worden sei und sie die Bewegung in jeder Hinsicht ablehnen. Aus Würzburg wird gemeldet, alle öffentlichen Gebäude in München befinden sich

in der Hand der rechtmäßigen Regierung, zu der die Reichswehr halte.

Wichtigste Mitteilung hat General v. Lossow den nordbayerischen Truppen durch Funkpruch zugehen lassen. Herr v. Kahr hat sämtliche Bezirksämter angewiesen, genaueste Postkontrolle auszuüben. Alle Angehörigen der Nationalsozialisten und des Bundes „Oberland“ seien zu verhaften. Ludendorff und Hitler seien festzunehmen, wo sie angetroffen werden. — Aus Bamberg wird mitgeteilt, daß man die dort befindlichen Führer bereits entworfen hat.

In Stuttgart wurden einige führende Persönlichkeiten der Nationalsozialistischen Partei in Schutzhaft genommen.

Aus Berlin wird gemeldet, daß die Auslösung der neuen Regierung in München die Berliner Großfinanz und die Börse in große Erregung versetzt habe. Berlin ist ruhig.

In Thüringen ist keine Bewegung zu bemerken. Doch ist auf Anordnung des Reichswehrministers der Fernsprechverkehr mit Weimar gesperrt worden. Nachrichten über Bayern dürfen nicht ins Ausland gegeben werden.

Beim ganzen Putsch wurde keine Gewalt angewendet.

München, 9. Nov. Zu den Vorgängen im Bürgerbräukeller wird noch gemeldet: Nachdem v. Kahr ungefähr 4 Stunden gesprochen hatte, drang Hitler, begleitet von zwei seiner bewaffneten Nationalsozialisten, in den Saal ein und verlangte mit hoher Stimme Resolutionen. Hitler rief in den Saal: Die Sache geht nicht gegen v. Kahr! Ein Staatskommissar der Hitlertruppen erklärte darauf: Heute beginnt die nationale Revolution; sie richtet sich ausschließlich und allein gegen die Judenregierung in Berlin. Die neue Regierung Hitler-Ludendorff-Böhner, sie lebe hoch. Die Versammlung sang hierauf das Deutschlandlied. Sodann erschien Hitler vor der Versammlung, nachdem er sich durch einen Revolvererschuß Ruhe verschafft hatte. Er schlug vor, das Kabinett Knilling für abgesetzt zu erklären. Eine neue bayerische Regierung solle gebildet werden, aus Herren v. Kahr und den mit diktatorischen Vollmachten ausgestatteten Ministerpräsidenten Böhner. Die Berliner Regierung sei für abgesetzt zu erklären. Eine neue deutsche, nationale Regierung werde in München gebildet. Hitler schlug ferner die Bildung einer nationalen Armee vor. Die Leitung der Politik dieser provisorischen Regierung wolle er (Hitler) übernehmen, während Ludendorff die Leitung der neuen deutschen nationalen Armee übernehmen solle. General von Lossow werde deutscher Reichswehrminister. Die Aufgabe der provisorischen deutschen nationalen Regierung sei, den Marsch anzutreten gegen das Sündenbabel Berlin.

Den Ausführungen Hitlers folgte unbedeutender Jubel. Hitler schloß: Der morgige Tag findet entweder in Deutschland eine nationale Regierung oder uns tot. Es gibt nur eins oder beides.

Nachdem die für die neue Regierung vorgeschlagenen Männer in einem Nebenlokal beraten hatten, erklärte Generalstaatskommissar v. Kahr, daß er die Leitung der Geschichte Bayerns übernehme und sich als Statthalter der Monarchie betrachte. (Stürmischer Beifall.)

Sodann erklärten sich die anderen vorgeschlagenen Männer zur Übernahme ihrer Ämter bereit. Hitler teilte mit, daß losch die deutsche nationale Regierung gebildet sei.

München, 9. Nov. Die südbayerischen Truppen sind nach München befohlen worden. Die Truppen in Nürnberg und Würzburg sollen am Ort bleiben. Lossow befindet sich in der Kaserne, während das Wehrtreffeskommando von Revolutionären befehligt ist. Lossow hofft in ganz kurzer Zeit mit dem Putsch fertig zu werden.

Neue Nachrichten

Freigelassen

Berlin, 9. Nov. Der wegen angeblichen Verbauchs des Hochverrats verhaftete erste Schriftleiter der Telegraphen-Union, R a m e s, wurde bereits wieder aus der Haft entlassen, da sich der Verdacht als durchaus unbegründet erwies.

Die Not im Rheinland

Köln, 9. Nov. Die „Kölnische Zeitung“ berichtet aus Gelsenkirchen: Wegen der seit einigen Tagen andauernden Erregung der arbeitslosen Bergleute über die unzureichende Unterstützung der Erwerbslosenfürsorge kam es gestern im Gelsenkirchener Bezirk zu neuen schweren Reibungen. Schon in den frühen Morgenstunden drang die Belegschaft der zum Mannesmann-Konzern gehörenden Zeche „Unser Fritz“ in das Verwaltungsgebäude ein, zerstörte die Einrichtung und mißhandelte den leitenden Direktor. Daraufhin wurde die angelegte Lohnauszahlung ausgesetzt. Die gesamte Belegschaft verließ die Zeche. Durch Anschlag wurde bekanntgegeben, daß die Belegschaft fristlos entlassen sei.

Das Mißtrauen abgelehnt

Dresden, 9. Nov. Der sächsische Landtag hat mit 48 sozialdemokratischen und demokratischen Stimmen gegen 48 Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten das von den Deutschnationalen beantragte Mißtrauen und mit dem gleichen Stimmenverhältnis die von der Deutschen Volkspartei beantragte Auflösung des Landtags abgelehnt.

Württemberg

Stuttgart, 9. Nov. Beschlagnahme. Das „Stuttgarter Neue Tagblatt“ und die „Süddeutsche Zeitung“ sind heute früh beschlagnahmt worden. Den Anlaß hatten die Veröffentlichungen von Nachrichten über die Vorgänge in München gegeben.

Tom Landtag. Der Vorkonferenz des württ. Landtags wird am 15. November zusammentreten, um den Zeitpunkt der Einberufung des Landtags zu bestimmen.

Milchpreis. Der Kleinverkaufspreis für Milch beträgt in der Zeit vom 10.—13. November je einschließl. in Stuttgart für 1 Liter Vollmilch 36, für Magermilch 15 Milliarden. Feuerungszahl für Stuttgart am 8. Nov ohne Bekleidung 11 829,2 Milliarden M., die Inbziffer (1913 = 1) 119,167,2 Millionen, Zunahme gegen 5. Nov. 76,3 Prozent.

Münchener, 9. Nov. Landw. Winterhilfe. Unter zahlreicher Beteiligung von Stadt und Land wurde die von der Amtsförperschaft Münchener neuerstellte Landw. Schule dem Schulausschuss übergeben.

Mergenthaler, 9. Nov. Eisenbahnräuber. Acht bis zehn Mann überfielen einen von Würzburg nach Bauda fahrenden Güterzug. Sie sprangen bei der Einfahrt nach Reichenberg, wo der Zug wegen der starken Steigung langsam fahren muß, aus, erbrachen einen mit Erbsen beladenen Güterwagen und stahlen sieben Säcke voll Erbsen. Die Bahnpolizei schoß auf die Räuber, die das Feuer erwiderten und unverletzt davon kamen. Fünf Sack Erbsen nahmen sie mit. Vor kurzem wurden auf derselben Strecke auch mehrere Sack Weizenmehl geraubt.

Aus Stadt und Bezirk.

Magold, den 10. November 1923.

Spruch

Armut

Reich ist man nicht durch das, was man besitzt, sondern mehr noch durch das, was man mit Würde zu entbehren weiß. Und es könnte sein, daß die Menschheit reicher wird, indem sie ärmer wird, daß sie gewinnlos, indem sie verliert. R a n t.

Sturm und Leid

Nach der Schmerz ist Gottes Bote. Erster Mahnung heißt ge Worte bringt er uns, und öffnet leise tiefgeheimer Weisheit Pforte. E. Gröbel.

Die Reichsbahndirektion hat den nach Magold verlehren Eisenbahninspektor Walter in Guitingen auf seiner bisherigen Stelle belassen und den Eisenbahninspektor Hummel in Guitingen, z. Zt. noch in Rottenburg, nach Magold unter Uebertagung der Stellung des Vorstehers der Bahnhöfen daselbst versetzt.

Neue Postgebühren. Am 12. November werden die Gebühren für Post- und Postfachverkehr wieder bedeutend erhöht. Es werden kosten Postkarten im Ortsverkehr 3 (jetzt 5. November 0,2) Milliarden, im Fernverkehr 5 (0,5) Briefe bis 20 Gr. im Ortsverkehr 5 (0,5), im Fernverkehr 10 (1), Drucksachen bis 25 Gr. 2 (0,2) Milliarden Mark.

Die Fernspreckgebühren sind künftig voranzuziehen. Die Teilnehmer können Abschlagszahlungen bis zur Höhe der im laufenden Monat fällig werdenden Gebühren machen, die in Grundbeträgen aufgeschrieben werden. Nach Monatschluß erhält der Teilnehmer Abrechnung, etwaiges Restguthaben wird auf den nächsten Monat übertragen.

Der neue Landarbeiterlohn. Laut Schiedspruch des Schlichtungsausschusses erhöhen sich die Landarbeiterlöhne für die laufende Woche vom 5. bis 11. November auf das 7fache der Löhne der Vorwoche.

Steuerabzug. Die Verhältniszahl beim Steuerabzug vom Arbeitslohn betrug vom 11. bis 17. November 300 000.

Weihnachtspakete. Es empfiehlt sich, Weihnachtspakete nach überseeischen Ländern, namentlich auch nach den Vereinigten Staaten von Amerika schon Anfang November bei der Post einzuliefern, damit die rechtzeitige Auslieferung an den Empfänger gesichert ist.

Bestimmungen für verheiratete Beamtinnen. Das Verbot für weibliche Beamte ist bekanntlich aufgehoben. Das Reichskabinett hat neue Richtlinien über die rechtliche Stellung der verheirateten weiblichen Beamten beschlossen. Das Reich und die Länder haben alle Befehle, Verordnungen, Verfügungen, Anstellungsbedingungen usw. alsbald anzunehmen, in denen bestimmt ist, daß weibliche Beamte mit der Verheiratung ihr Amt aufgeben müssen. Die Verwaltung verzichtet auch gegenüber dem Recht des Ehemanns, dem Wohnort seiner Frau zu bestimmen, nicht auf ihr Recht, den Dienstort des verheirateten weiblichen Beamten anzuweisen. Auf die Wünsche des verheirateten weiblichen Beamten soll aber Rücksicht genommen werden. Der verheiratete weibliche Beamte muß eine Dienstwohnung bewohnen, wenn die Verwaltung es aus dienstlichen Gründen für notwendig erachtet. Er hat grundsätzlich das Recht, den Ehemann und seine Kinder darin aufzunehmen. Er kann aber auch auf die Dienstwohnung verzichten.

Haus- und Feldspeck nehmen von Jahr zu Jahr mehr überhand und fügen den Getreideerdbauern schwere Schäden zu. Besonders geeignet zur Bekämpfung der Speckplage sind lüneburger Speckhälften, die am besten schon im Herbst und Winter aufgehängt werden sollen. Anleitung zur zweckmäßigen Verwendung dieser künstlichen Speckhälften, Angaben über andere Mittel zur Abwehr und Beseitigung der Specklinge und Ratsschlüsse für die zweckmäßige Organisation der Specklingsbekämpfung enthält das Flugblatt Nr. 65 der Biologischen Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft: „Gegen die Speckplage“. Der Preis für ein Flugblatt entspricht dem jeweils gültigen Porto für einen Fernbrief zuzüglich des doppelten Mindestsatzes für Drucksachensendungen zur Bestreitung der Versandkosten. Zu beziehen durch die Biologische Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft in Berlin-Dahlem, Königin-Luisenstraße 19.

Württ. Landestheater

Georges Hans: 12. Nov. A 10: Die Braut von Messina (7½—10). — 14. Nov. D 11: Tannhäuser (6—9½). — 15. Nov. B 11: Martha (7½—10). — 16. Nov. C 10: Die lustigen Weiber von Windsor (7—10). — 17. Nov.: Rigoletto (7—9½). — 18. Nov. E 10: Aegleis (7—10).

Kleines Haus: 13. Nov.: Der Biberpelz (7½—10). — 15. Nov. F 10: Eigenjam (7½—10). — 16. Nov. A 11: Prinz Friedrich v. Homburg (7½—10). — 17. Nov.: Zumpocovogobundus (7½—10). — 18. Nov.: Morgenfeier: Oud (11¼ bis 12¼). — Der lebende Leichnam (6—9). — 19. Nov. B 12: Eigentum (7½—10).

Magold

Der Württ. Ausschuss für die Lage der Armen und Kranken in Magold hat beschlossen, die Armen und Kranken in Magold zu unterstützen.

Die Armen und Kranken in Magold sind durch die Unterstützung des Ausschusses für die Lage der Armen und Kranken in Magold zu unterstützen.

Die Armen und Kranken in Magold sind durch die Unterstützung des Ausschusses für die Lage der Armen und Kranken in Magold zu unterstützen.

Die Armen und Kranken in Magold sind durch die Unterstützung des Ausschusses für die Lage der Armen und Kranken in Magold zu unterstützen.

Die Armen und Kranken in Magold sind durch die Unterstützung des Ausschusses für die Lage der Armen und Kranken in Magold zu unterstützen.

Die Armen und Kranken in Magold sind durch die Unterstützung des Ausschusses für die Lage der Armen und Kranken in Magold zu unterstützen.

Die Armen und Kranken in Magold sind durch die Unterstützung des Ausschusses für die Lage der Armen und Kranken in Magold zu unterstützen.

Die Armen und Kranken in Magold sind durch die Unterstützung des Ausschusses für die Lage der Armen und Kranken in Magold zu unterstützen.

Die Armen und Kranken in Magold sind durch die Unterstützung des Ausschusses für die Lage der Armen und Kranken in Magold zu unterstützen.

Die Armen und Kranken in Magold sind durch die Unterstützung des Ausschusses für die Lage der Armen und Kranken in Magold zu unterstützen.

Die Armen und Kranken in Magold sind durch die Unterstützung des Ausschusses für die Lage der Armen und Kranken in Magold zu unterstützen.

Die Armen und Kranken in Magold sind durch die Unterstützung des Ausschusses für die Lage der Armen und Kranken in Magold zu unterstützen.

Die Armen und Kranken in Magold sind durch die Unterstützung des Ausschusses für die Lage der Armen und Kranken in Magold zu unterstützen.

Die Armen und Kranken in Magold sind durch die Unterstützung des Ausschusses für die Lage der Armen und Kranken in Magold zu unterstützen.

Die Armen und Kranken in Magold sind durch die Unterstützung des Ausschusses für die Lage der Armen und Kranken in Magold zu unterstützen.

Die Armen und Kranken in Magold sind durch die Unterstützung des Ausschusses für die Lage der Armen und Kranken in Magold zu unterstützen.

Die Armen und Kranken in Magold sind durch die Unterstützung des Ausschusses für die Lage der Armen und Kranken in Magold zu unterstützen.

Die Armen und Kranken in Magold sind durch die Unterstützung des Ausschusses für die Lage der Armen und Kranken in Magold zu unterstützen.

Die Armen und Kranken in Magold sind durch die Unterstützung des Ausschusses für die Lage der Armen und Kranken in Magold zu unterstützen.

Die Armen und Kranken in Magold sind durch die Unterstützung des Ausschusses für die Lage der Armen und Kranken in Magold zu unterstützen.

Die Armen und Kranken in Magold sind durch die Unterstützung des Ausschusses für die Lage der Armen und Kranken in Magold zu unterstützen.

Die Armen und Kranken in Magold sind durch die Unterstützung des Ausschusses für die Lage der Armen und Kranken in Magold zu unterstützen.

Die Armen und Kranken in Magold sind durch die Unterstützung des Ausschusses für die Lage der Armen und Kranken in Magold zu unterstützen.

Die Armen und Kranken in Magold sind durch die Unterstützung des Ausschusses für die Lage der Armen und Kranken in Magold zu unterstützen.

Die Armen und Kranken in Magold sind durch die Unterstützung des Ausschusses für die Lage der Armen und Kranken in Magold zu unterstützen.

Die Armen und Kranken in Magold sind durch die Unterstützung des Ausschusses für die Lage der Armen und Kranken in Magold zu unterstützen.

Die Armen und Kranken in Magold sind durch die Unterstützung des Ausschusses für die Lage der Armen und Kranken in Magold zu unterstützen.

Die Armen und Kranken in Magold sind durch die Unterstützung des Ausschusses für die Lage der Armen und Kranken in Magold zu unterstützen.

Die Armen und Kranken in Magold sind durch die Unterstützung des Ausschusses für die Lage der Armen und Kranken in Magold zu unterstützen.

Die Armen und Kranken in Magold sind durch die Unterstützung des Ausschusses für die Lage der Armen und Kranken in Magold zu unterstützen.

Die Armen und Kranken in Magold sind durch die Unterstützung des Ausschusses für die Lage der Armen und Kranken in Magold zu unterstützen.

Die Armen und Kranken in Magold sind durch die Unterstützung des Ausschusses für die Lage der Armen und Kranken in Magold zu unterstützen.

Die Armen und Kranken in Magold sind durch die Unterstützung des Ausschusses für die Lage der Armen und Kranken in Magold zu unterstützen.

Die Armen und Kranken in Magold sind durch die Unterstützung des Ausschusses für die Lage der Armen und Kranken in Magold zu unterstützen.

Die Armen und Kranken in Magold sind durch die Unterstützung des Ausschusses für die Lage der Armen und Kranken in Magold zu unterstützen.

Die Armen und Kranken in Magold sind durch die Unterstützung des Ausschusses für die Lage der Armen und Kranken in Magold zu unterstützen.

Die Armen und Kranken in Magold sind durch die Unterstützung des Ausschusses für die Lage der Armen und Kranken in Magold zu unterstützen.

Die Armen und Kranken in Magold sind durch die Unterstützung des Ausschusses für die Lage der Armen und Kranken in Magold zu unterstützen.

Die Armen und Kranken in Magold sind durch die Unterstützung des Ausschusses für die Lage der Armen und Kranken in Magold zu unterstützen.

Die Armen und Kranken in Magold sind durch die Unterstützung des Ausschusses für die Lage der Armen und Kranken in Magold zu unterstützen.

Die Armen und Kranken in Magold sind durch die Unterstützung des Ausschusses für die Lage der Armen und Kranken in Magold zu unterstützen.

Die Armen und Kranken in Magold sind durch die Unterstützung des Ausschusses für die Lage der Armen und Kranken in Magold zu unterstützen.



Allgem. Orts- (Bezirks-) Krankenkasse Nagold.

Der Vorstand der Kasse unter Zuzugung von Vertretern des Ausschusses beschloß sich gestern mit der finanziellen Lage der Kasse mit dem vertraglosen Bestand zwischen Ärzten und Krankenkassen in Württemberg. Während die Kasse bisher schon kaum mehr in der Lage war, ihren Verpflichtungen rechtzeitig nachzukommen, weil die Ausgaben größtenteils zu leisten waren, bevor die Beiträge versallen und eingezogen waren und weil das Betriebskapital der Kasse den gegenwärtigen Anforderungen nicht gewachsen ist, werden nunmehr die Finanzen der Kasse noch mehr geschwächt dadurch, daß zufolge einer Verordnung der Reichsregierung die Krankenversicherungsbeiträge nicht mehr aus dem vollen Wochenlohn, sondern nur noch aus dem tatsächlich bezogenen Verdienst berechnet werden. Da in den meisten größeren Betrieben Kurzarbeit eingeführt ist, bedeutet die neue Vorschrift eine Verminderung der Einnahmen um mindestens 30-35%. Der Kassenvorstand war daher in die Zwangslage versetzt, entweder die Beiträge prozentual zu erhöhen oder die Mehrleistungen (Familienhilfe) abzuschaffen. Mit Rücksicht darauf, daß nun auch die Kassemitglieder gesetzlich verpflichtet sind, an den Apothekerkosten 10% selbst zu tragen und, weil es den Versicherten bei ihren Vögen aus Kurzarbeit absolut unmöglich ist, Arzt-, Apotheker- und Krankenhauskosten für erkrankte Familienangehörige zu bezahlen, trat die Mehrheit im Vorstand nach lebhafter Debatte entschieden dafür ein, ab 12. November die Beiträge von 7,5% auf 9% zu erhöhen (Kontingenz) und zu verlangen, so lange als irgend möglich die Familienhilfe in dem bisherigen Umfang beizubehalten. Dabei muß daran erinnert werden, daß die Familienangehörigen eines Versicherten wie bisher die Hälfte der fast unerschwinglichen Apothekerkosten aus eigener Tasche zu bezahlen haben. Selbst von denen, die für die Sozialversicherung nicht viel übrig haben, muß zugegeben werden, daß die Abschaffung der Familienhilfe gerade in der heutigen Zeit eine ganz bedeutende Schädigung der allgemeinen Volksgesundheit herbeiführen würde, welches nur noch einem sehr kleinen Teil der Betroffenen möglich wäre, im Kontrastfall ärztl. Hilfe in Anspruch zu nehmen. — Um die Betriebsmittel der Kasse nach Möglichkeit zu stärken, wurde vorbehaltlich der nachträglichen Zustimmung des Ausschusses folgende einschneidende Satzungsänderung beschlossen: Mit Ausnahme der Arbeitgeber, welche die Beiträge an dem dem jedesmaligen Lohnzahltag folgenden Tag bei Vermeidung der Auswertung einzahlen haben, sind von sämtl. Arbeitgebern, fremd. Versicherten und unständl. Beschäftigten die Beiträge wöchentlich und zwar jeweils am Montag der nächsten Woche an die Kasse zu entrichten (Bringschuld). Werden die Beiträge nicht ambezahl, so werden sie 14tägig von der Kasse eingezogen, jedoch erfolgt die Berechnung im Hinblick auf die Geldentwertung so, daß die Beiträge für die erste Woche in gleicher Höhe wie für die zweite Woche zu bezahlen sind. — Was das Verhältnis zu den Ärzten anbelangt, so beauftragt es der Kassenvorstand, daß die beiden Landesverbände über die Honorarfrage keine Einigung konnten; er bedauert, es außerordentlich, daß der Ärzteverein Calw-Nagold das Anerkennen der Kassen Calw-Nagold, die Bedingungen des Schiedsgerichts vorbehaltlos anzuerkennen und darnach zu honorieren, anscheinend aus Organisationsgründen ablehnte. Es wurde in der Sitzung mitgeteilt, daß der Vertrag zwischen der Arbeitgemeinschaft Würt. Krankenkassenverbände und dem Würt. Ärzteverband deshalb in die Brüche ging, weil die Vertreter der Kassen den Schiedspruch nur mit Zusatz annahm, daß die Durchführung des Schiedspruchs den Kassen außerordentliche Schwierigkeiten bereiten werde und daß abzuwarten sei, ob sie zur Zahlung der verlangten Honorare in der Lage sind. Die von den Vertretern der Ärzte gestellten Bedingungen bezügl. der Honorare waren größtenteils an sich nicht unbillig und die meisten Kassen des Landes hätten die Honorare schließlich aufbringen können, wenn die Kassen nicht unter der großen Ueberzahl der Kassenzugehörigen Ärzte (im Jahr 1914 etwa 700, jetzt annähernd 1200) in außerordentlicher Weise belastet wären. Es hat sich deutlich gezeigt, daß je mehr Ärzte in einem Kassengebiet tätig sind, um so wichtiger die Ausgaben für ärztl. Behandlung, insbesondere auch für Arzneimittel sich gesteigert haben und daß diejenigen Kassen, in deren Bezirk eine annähernd normale Anzahl von

Ärzten vorhanden ist (wie z. B. im Nagolder Bezirk), kaum über eine allgütige Inanspruchnahme der Kassennittel für ärztl. Behandlung zu klagen hätten. Diese Tatsachen haben die Reichsregierung neuerdings veranlaßt, den Kassen das Recht einzuräumen, unter gewissen Voraussetzungen nur noch die im Verhältnis zur Zahl der Kassenzugehörigen erforderlichen Zahl von Ärzten zuzulassen. Es steht außer allem Zweifel, daß eine Beschränkung der Zahl der Kassenzugehörigen wesentlich dazu beitragen würde, die Leistungsfähigkeit der Kassen zu erhalten, es ist aber ebensoviele verständlich, daß die Ärzteverbände im Interesse ihrer Mitglieder alles daran setzen werden, um die Zulassung aller Ärzte zur Kassenzugehörigkeit zu erreichen bzw. zu erhalten. Es handelt sich um einen schweren Existenzkampf der Ärzteschaft und das ist in erster Linie der Grund für den Abbruch der Beziehungen zwischen Ärzten u. Krankenkassen des Landes. Ueber die Dauer des vertraglosen Zustandes haben die Versicherten keinen Anspruch mehr auf ärztl. Behandlung ganz auf Kassenzugrundung (Sachleistung), sondern die Kasse gewährt im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften einen Beitrag zu den Arztkosten (Barleistung), wobei in Ausnahmefällen, insbesondere bei schweren Operationen außerhalb des Krankenhauses, bei Entbindungen und Schwangerschaftsbeschwerden entsprechend höhere Beiträge geleistet werden. Es ist aber der Kasse ganz und gar unmöglich — abgesehen davon, daß sie dazu nicht verpflichtet ist — Honorare nach Goldmark berechnen zu übernehmen, weil auch die Beiträge der Arbeitgeber und Versicherten nicht nach Goldmark angesetzt werden und weil der Kasse, wie schon zuvor ausgeführt, infolge der Kurzarbeit bedeutende Einnahmen verloren gehen. Im Interesse beider Teile wäre es gelegen, wenn in Württemberg ein Vertrag zustandekommen würde. Es ist aber auch dringend geboten, daß die Versicherten nur in wirklich notwendigen Fällen ärztl. Hilfe beantragen, die Mittel der Kasse beanspruchen, soll die Sozialversicherung überhaupt noch weiterzistieren können. Es muß in allen Fällen bestmöglich gepart werden, auch die Kosten der Verwaltung müssen trotz der immer mehr zunehmenden Arbeiten durch Verminderung der Beamtenschaft kleiner werden! — L.

Ullerei

Bruderhilfe. Das Postamt 66 in Wien hat den Kollegen vom Postamt 66 in Berlin eine sehr beträchtliche Liebesgabe an Geld und Lebensmitteln gesandt.

Ein Opfer der Zeit. Das altbekannte Familienblatt „Neber Land und Meer“ muß nach 60jährigem Bestehen das Erscheinen einstellen.

Die Not der deutschen Ärzte. Die Ärzte von Jena und verschiedener umliegenden Ortschaften haben sich, wie Thüringer Blätter berichten, an die Gemeinden um Hilfe gewandt. Sie erklären, daß nach Abzug der zur ärztlichen Tätigkeit unentbehrlichen Berufskosten den meisten aus ihren Einnahmen weniger bleibt, als das nackte Leben erfordert.

Ärztehonorar. Der Kreisarzt Dr. Alfred Döblich in Berlin teilt dem S. L. mit, daß ihm von der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Berlin für die Behandlung eines kranken Kriegsbeschädigten durch Postanweisung eine Million Mark zugewandt worden sei. Das macht nach dem Kurs vom 3. November (421 Milliarden der Dollar) einen Tausendstel-Pfennig.

Zeichen der Zeit. In Wildeshausen (Oldenburg) wollten einige Mieter dem Hausbesitzer die mehrere 100 Millionen Mark betragende Rente bringen. Er wies das Geld zurück, da er doch nur einige Schachteln Streichhölzer dafür erhalten könne. So wohnen die Mieter unsonst!

Zulassung von Beamten und Gewerbetreibenden zum Universitätsstudium. Der preussische Kultusminister hat angeordnet, daß Beamte und Personen, die dem Gewerbeamt angehören, zum Universitätsstudium vollberechtigt zugelassen werden können, wenn nachgewiesen ist, daß sie durch Beurlaubung vom Dienst oder durch Befreiung von ihrer beruflichen Tätigkeit über freie Zeit verfügen, daß die Durchführung eines gründlichen Studiums gesichert ist. Bei Beamten gilt der Nachweis als erbracht, wenn sie durch ihre Dienstbehörde mindestens von der halben Dienstzeit befreit sind.

Wieder ein deutsches Patent gerührt. Vor einiger Zeit hat die französische Regierung auf Grund des Vertrags von Versailles das besonders wertvolle Reichspatent zur Erzeugung elektrischer Schwingungen mit Kathodenröhren, das sich im Eigentum der Telefunken-Gesellschaft befindet, enteignet. Nunmehr will auch die Hochfrequenzpatent das deutsche Eigentum aufheben. — Mit Hilfe dieser Erfindung war es der deutschen Gesellschaft immer gelungen, die planmäßige Ausschließung bei internationalen Wettbewerben um große Stationsanlagen zu durchkreuzen.

Ein ehemaliger französischer Kriegsgefangener, der jetzt in einem Bann in Trojberg (Bayern) in Arbeit stand, war nach dem Waffenstillstand esig abgereist und hatte vergessen, daß er noch 300 Mark zu erhalten habe. In Frankreich rechnet man aber jetzt augenblicklich mit dem baldigen Zusammenbruch Deutschlands, dem der Kapitän schrieb dieser Tage an den Bannern, er solle ihm schleunigst brieflich die 300 M. in Reichsbanknoten schicken. — Sie sind ihm vergangen.

Spende. Das Versandhaus Sears, Roebuck u. Co. in Chicago hat für die deutsche Rot 100 000 Dollar (63 Millionen Mark) gespendet.

Abstürze. Bei einer Kletterpartie auf den Rieperkopf in den Oberstdorfer Bergen ist der Reichwehroberjäger Heupel von Stein tödlich abgestürzt. — Bei einer Tour am Totenkopf ist der 18jährige Oberrealschüler Ernst Wolfgang Rauber aus München, der die Tour allein und ohne Führer unternommen hatte, tödlich abgestürzt.

Ein eifriges Mädchen von einem Gänserich gestiftet. Wie von der bayerischen Grenze geschrieben wird, trug sich in dem oberfränkischen Orte Niederricht ein ganz eigentümlicher Unglücksfall zu. Das elfjährige Lächterchen der Kriegswitwe Anna Piel trug Gänse zum Rupfen herbei. Ein kräftiger Gänserich bekam einen Flügel frei und schlug damit das Mädchen mit solcher Wucht oberhalb des Nasenbeines zwischen die Augen, daß es sofort zusammenbrach. Es stellte sich eine heftige Blutung ein. Das Kind lief ins Haus, berichtete über den Vorfall, wurde dann aber bewußlos und starb nach kurzer Zeit.

Wieder ein Opfer des Zahlenwahns. Ein Kaufmann, der die Lohnbuchhaltung in einem Fabrikbetrieb zu führen hatte, hat sich erdolcht. Nervenüberreiztheit durch heulige Zahlenwirtschaft hat ihn zu der Tat getrieben.

Devisenschieber. In der Wohnung des polnischen Händlers Chaim Ringel, der im Jahr 1919 in Berlin zugezogen war, wurde eine förmliche Devisenbörse entdeckt. Ausländische Zahlungsmittel im Betrag von etwa 10 000 Dollar sowie ein großer Korb mit über 2% Zentner Reichsbanknoten wurden beschlagnahmt und die ganze Familie verhaftet.

Selbstmord. In Landsbut hat sich der vom Dienst suspendierte Friedhofsaufseher aus Aerger über seine Entlassung in einen Sarg gelegt und erschossen.

Eine Million Lire verbrannt. In Genua hat ein junger Kassenbeamter einer Bank 1 Million Lire verbrannt, um sich dafür zu rächen, daß ihm eine Gehaltserhöhung abgelehnt worden war.

Zusammenbruch eines großen Londoner Warenhauses. Aus London wird berichtet: Im Jahr 1917 wurde in der Oxford-Strasse ein großes Warenhaus errichtet, das an typischer Einrichtung selbst in London nicht seinesgleichen hatte. Drei Jahre lang gehörten Maxfons Magazine zu den bekanntesten Modedepotisten Londons. Mäßig begann jedoch das Niederkommen zu schwanen und eines Tages war es bankrott. Der Eigentümer, ein Pole namens Mandelwitsch, der sich aber Maxfon nannte, war spurlos verschwunden. Seine prächtig eingerichtete Wohnung, einige Luxusautos usw. wurden von den Gläubigern beschlagnahmt. Wegen Betrugs und Erwerbs einer Riesenmenge von Waren unter falschen Vorspiegelungen wurde Mandelwitsch teils brieflich verfolgt. In Amerika, Indien, Singapur und China entdeckte man seine Spur, aber die Polizei kam immer zu spät. In voriger Woche wurde er endlich nach dreijähriger Jagd in Paris verhaftet. Er wird nach London ausgeliefert.

Der Kampf im Speffart.

Erzählung von Leon Schüding.

„Aber was wollen Sie denn eigentlich, daß geische?“ sagte er dann. „Sie können doch unmöglich begehen, daß man Sie so ohne weiteres auf das glückliche Verzeihen hin, daß Sie jene Beise ausliefern wollen, laufen lassen?“

Wilderich unterbrach ihn, indem er zu dem Tisch im Hintergrunde des Raumes, auf welchem sich Schreibmaterialien befanden, schritt und ein Blatt nahm, um häufig einige Worte dazuschreiben.

„Was schreiben Sie da?“

Wilderich gab das Blatt an den Kapitän. Dieser las die Worte:

„Geben Sie diese Briefe, welche ich Ihnen anvertraute, an den Ueberbringer dieser Zeilen. Wilderich Buhrod.“

„Nun,“ fragte der Kapitän, „an wen ist dieser Zettel gerichtet?“

„Geben Sie mir die Freiheit, dann gebe ich Ihnen die Adresse. Mein Ehrenwort darauf gegen Ihr Ehrenwort!“

„Gut denn,“ versetzte Lesafflier, „ich will zum General gehen und ihn entscheiden lassen. Sind Sie damit einverstanden?“

„Völlig! Aber eilen Sie!“

Der Kapitän ging. Nach wenigen Minuten kam er zurück. Auf die Schwelle des Zimmers tretend, winkte er Wilderich zu sich. Dieser trat auf ihn zu.

„Kommen Sie,“ sagte Lesafflier, „die Adresse, dann können Sie gehen, wohin Sie wollen!“

„Ihr Ehrenwort, daß mich niemand hindern wird?“

„Sie haben es. Stellt sich jedoch heraus, daß die Adresse, die Sie geben, eine falsche ist, daß sie uns hintergehen wollen, so wird man Ihre schon wieder habhaft werden und Sie abführen.“

Nachdem Lesafflier diese Antwort gegeben, wandte er sich

durch die offene Tür zum Flur zurück und sagte zu den zwei Soldaten welche als Posten sich davor aufgestellt hatten: „Ihr könnt gehen, Leute, der Mann hier ist frei.“

„Also die Adresse!“ wandte er sich dann an Wilderich zurück.

„Uebergeben Sie den Zettel an Fräulein Benedicte Vollrath!“ antwortete Wilderich.

„Die Briefe sind in Ihren Händen?“

„So ist es, Herr Kapitän. Und nun auf Wiedersehen!“

Wilderich grüßte leicht und schritt davon. Der Kapitän eilte mit seinem Zettel zum General hinauf, den er umdrängt von Menschen und Gefährten oben in seinem Zimmer und wie einen zornigen Löwen dazwischen auf und abrennend fand.

Dreizehntes Kapitel

Eine Viertelstunde später hatte Wilderich mit Hilfe des ehrlichen Sachsenhülers seinen Braunen aus dem Stalle im Grauen Falken gezogen und sah im Sattel, um heimwärts in seinen Speffart zu reiten. Sollte der arme Knepper bei dem Herritt sich scharf zusammennehmen müssen, so war es jetzt bei der Rückkehr jehmal ärger. Die Wege waren durch den Marsch so vieler Truppenkolonnen, Geschütze, Promant- und Munitionswagen und was alles sich mit einer Armer dahinwälzt, in einen fürchterlichen Zustand geraten. Aus gut, daß die Straße von diesen Jagen selbst freier war als am gestrigen Tage und am Morgen; der meiste größere Teil dessen, was von der Sambre- und Mosarmee durch den Speffart gezogen, war rechtsab in die Wetterau marschiert oder hatte seinen nächsten Bestimmungsort, Frankfurt, erreicht. Aus noch die Karabauern und Nachzügler begegneten Wilderich, der in gestrafftem Lauf, ohne sich viel um sie zu kümmern, meist mitten durch ihre Haufen hindurchströhte. So erreichte er ein Haus am tiefen Abend; er ließ dem Pferde in Wein getränktes Brot geben, und es trug ihn weiter, unermüdet, bis in die tiefe Nacht hinein.

bis nach Wschaffenburg. Hier aber drohte es zusammenzubrechen. Wilderich mußte sich entschließen, abzustiegen und es über holperiges Pflaster am Hügel durch ein paar Stäben zu führen, bis er ein Wirtshaus entdeckte, vor dessen noch gedörrtem Einfahrtstor eine Laterne brannte. Da fand es Stall, Streu und Kaff. Wilderich aber fühlte, daß an Kaff und Ruhe für ihn nicht zu denken sei; er ging, nachdem er gesehen, wie sein Tier von einem verschlafenen Hausknecht versorgt worden, in das große gewölbte Gastzimmer neben dem Eingangsthor des Hauses.

Es war still und menschenleer, das weite Gastzimmer zum Goldenen Foh in der Schmiedstraße zu Wschaffenburg. Auf der Bank am Kachelofen lag ein halbwüchsiger Junge, mit dem Rücken an die Wand gelehnt, den Kopf auf die Brust gesenkt; er war nach des Tages Last und Mühen selig eingeschlafen. Nur ein verspäteter Gast war noch da; ein harter Mann mit einem bedenklichen Hut auf dem vollen, runden und stark blattennarbtigen Gesicht, in dem die kleinen Augen fast ganz verschwanden, sah am Ende des langen Raumes, die beiden Ellbogen auf den Tisch vor sich stemmend und raschdenklich in sein halbes leeres Bierglas bläsend.

Er erhob den Kopf, als Wilderich eintrat, hob den dreieckigen Hut leise mehr auf den Hinterkopf zurück, als ob er so den Fremdling besser beobachten könne, und folgte ihm mit seinen blickenden Wänden, während dieser den schlafenden Jungen aufstieß und ihm aufst. Wein und Brot zu holen.

Wilderich setzte sich dann in einiger Entfernung von dem anderen Gaste an den Tisch.

Dieser nickte ihm freundlich zu.

„Ist deutsch?“ fragte er lächelnd.

„Ja spreche deutsch!“ antwortete Wilderich.

(Fortsetzung folgt.)

